

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 27. Oktober 2015, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Friedrich
Minister für Bundesrat, Europa
und internationale Angelegenheiten

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums

A.	Einleitung.....	2
B.	Schwerpunktthemen.....	2
I.	Aktuelles: EU-Flüchtlingspolitik, TTIP-Beirat.....	2
II.	Finanzkrise in Griechenland.....	6
III.	Europaministerkonferenz.....	7
IV.	EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR).....	7
V.	EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP).....	9
VI.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	10
VII.	Internationales.....	12
VIII.	Entwicklungspolitik.....	16
IX.	Europafähigkeit und europapolitische Kommunikation	17
X.	Landesvertretung Berlin.....	18
XI.	Landesvertretung Brüssel.....	18

- 2 -

A. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen europapolitischen Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums im Berichtszeitraum 1. Juli 2015 bis 30. September 2015 vorgestellt.

Im Berichtszeitraum spitzten sich die schwierigen inneren und äußeren Herausforderungen für die Europäische Union nochmals zu. Mit der Vereinbarung eines dritten Hilfspakets wurde eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands in letzter Minute abgewendet. Auf europäischer Ebene konnte trotz enorm ansteigender Flüchtlingszahlen noch keine befriedigende Lösung der Flüchtlingskrise gefunden werden.

B. Schwerpunktthemen

I. Aktuelles

1. EU-Flüchtlingspolitik

Die Flüchtlings- und Asylpolitik bestimmte im Berichtszeitraum weiter die EU-Agenda. Die EU-Kommission hat über die Sommerpause diverse Vorschläge ausgearbeitet, die teilweise schon in ihrer Mitteilung „Europäische Migrationssagenda“ vom Mai 2015 angedeutet waren.

So hat die Kommission Anfang September vorgeschlagen, 2015 und 2016 weitere 120.000 Flüchtlinge aus Italien, Griechenland und Ungarn nach einem Verteilungsschlüssel auf andere EU-Mitgliedstaaten umzuverteilen, um die drei Mitgliedstaaten an den Außengrenzen zu entlasten. Gegen den Vorschlag formierte sich im EU-Innenministerrat erheblicher Widerstand der sog. „Visegrad-Staaten“ (Ungarn, Polen, Slowakei und Tschechien). Eine geplante Einigung scheiterte zunächst auf dem Sondertreffen der Innenminister am 14. September 2015, da die Ratspräsidentschaft einen einstimmigen Ratsbeschluss erzielen wollte. Beim Sondertreffen der Innenminister am 22. September 2015 wurde der Kommissionsvorschlag vom Rat in modifizierter Fassung durch Ratsbeschluss mit qualifizierter Mehrheit gegen die Stimmen von Rumänien, Tschechien, Ungarn und die Slowakei gefasst.

- 3 -

Darüber hinaus hat die Kommission einen Vorschlag zur Ergänzung der Dublin-Verordnung um einen dauerhaften Umsiedlungsmechanismus in Krisensituationen vorgelegt sowie einen EU-Aktionsplan für die Rückkehr.

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Einrichtung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten, in die nach Ansicht der Kommission zunächst sämtliche (auch potentielle) EU-Beitrittskandidaten aufgenommen werden sollten, also die Staaten des Westbalkan und die Türkei. Durch die EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten sollen die Unterschiede zwischen den bisherigen nationalen Listen sicherer Herkunftsstaaten verringert werden, was zu einheitlicheren Verfahren führen und der Sekundärmigration von Personen, die internationalen Schutz beantragen, entgegenwirken soll.

Der EU-Ausschuss des Landtags hat über diese Kommissionsvorschläge bereits in seiner Sitzung am 15. Oktober 2015 diskutiert (vgl. zu Details der Vorschläge auch die Landtagsunterrichtungen des Innenministeriums (LT-Drucksachen 15/7471, 15/7472, 15/7531 und 15/7541)).

Um die vollständige Anwendung des EU-Rechts für Migration und Asyl zu gewährleisten, hat die Kommission am 23. September 2015 insgesamt 40 Beschlüsse über Vertragsverletzungsverfahren gegen 19 Mitgliedstaaten beschlossen. Darunter sind auch zwei sog. Aufforderungsschreiben an Deutschland wegen Nichtmitteilung nationaler Maßnahmen zur Umsetzung der Asylverfahrensrichtlinie und der Richtlinie über Aufnahmebedingungen.

Kommissionspräsident Juncker hat in seiner Rede zur Lage der Union am 9. September 2015 darüber hinaus für 2016 weitere Maßnahmen angekündigt, etwa einen Vorschlag für einen festen verbindlichen Verteilungsschlüssel unter den Mitgliedstaaten sowie ein Gesetzespaket zur legalen Migration.

Im Mittelpunkt des Sondergipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs am 23. September 2015 standen die Bekämpfung der Fluchtursachen und eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen. Demnach wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten 1 Mrd. Euro zusätzlich an das UN-Welternährungsprogramm und den UNHCR zur Versorgung syrischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten bereitstellen. Durch erhebliche Aufstockung des Regionalen Treuhandsfonds der EU sollen Jordanien, der Libanon und die Türkei bei der Bewälti-

- 4 -

gung der Flüchtlingsströme unterstützt werden. Allein die Flüchtlingshilfe für die Türkei soll 2015 und 2016 auf insgesamt 1 Mrd. Euro aufgestockt werden. In Griechenland und Italien sollen bis November Aufnahmezentren für Flüchtlinge, sog. Hotspots, mit Unterstützung von EU-Institutionen eingerichtet sein. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich zudem auf zusätzliche Mittel für Frontex, EASO und Europol, um die dramatische Lage an den EU-Außengrenzen zu bewältigen.

Für diese und weitere Maßnahmen wurden inzwischen auf dem Europäischen Rat am 15./16. Oktober 2015 die operativen Entscheidungen getroffen. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich zudem im Grundsatz auf einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Türkei. Ziel ist es, die Türkei bei der Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen zu unterstützen und irreguläre Migrationsströme aus der Türkei in die EU zu verhindern. Die EU und ihre Mitgliedstaaten wollen dafür auch ihr finanzielles Engagement wesentlich ausbauen und bestehende Umsiedlungsprogramme fördern.

Die Landesregierung fordert seit Längerem eine fairere, solidarischere Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten anhand von Verteilungsschlüsseln und hat schon zum Kommissionsvorschlag „Europäische Migrationsagenda“ einen Bundesratsbeschluss initiiert, der u. a. dies fordert (vgl. Beschluss BR-Drs. 223/15(B) vom 10. Juli 2015). Wie erwartet ist der Widerstand gegen eine Verteilung anhand von Verteilungsschlüsseln im Kreis der Mitgliedstaaten noch erheblich. Der Ratsbeschluss per Mehrheitsentscheidung vom 22. September 2015 war ein wichtiges Signal, dass der Rat im sensiblen Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik auch unter Druck handlungsfähig bleibt. Allerdings wird die für 2016 angestrebte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems nicht gelingen, wenn dabei nicht alle Mitgliedstaaten mitgenommen werden. Ohne eine Einigung auf eine stärkere Europäisierung des Gemeinsamen Flüchtlings- und Asylsystems ist zu befürchten, dass sonst der Schengenraum bedroht ist. Wichtig ist aber auch, dass die Mitgliedstaaten geltendes EU-Recht einhalten und gegebene (finanzielle) Zusagen auch umsetzen.

2. TTIP – Konstituierende Sitzung des Beirats der Landesregierung

Am 30. September 2015 fand die konstituierende Sitzung des TTIP-Beirats der Landesregierung unter Vorsitz von Minister Friedrich und dem Co-Vorsitz von Minister Bonde sowie Staatssekretär Hofelich im Neuen Schloss in Stuttgart statt. Vor rund 70 Zuhörerinnen und Zuhörern diskutierten die Beiräte konstruktiv, aber auch kontrovers über zentrale Aspekte des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA. Der Beirat, dem auch Vertreter aller Landtagsfraktionen angehören, soll dazu dienen, wichtige Partner wie Verbände, Kommunen, Wissenschaft, Kirchen und die Zivilgesellschaft in die Debatte über TTIP einzubeziehen, und fungiert als Beratungsorgan der Landesregierung. Darüber hinaus leistet er einen Beitrag zu mehr Transparenz der TTIP-Debatte. Der TTIP-Beirat ist auf Länderebene einzigartig. Zugleich tagt er im Gegensatz zu den TTIP-Beiräten des BMWi und der EU-Kommission öffentlich. Die Sitzungen werden aufgezeichnet und sind über die neue TTIP-Website des Staatsministeriums abrufbar. In der konstituierenden Beiratssitzung kam man überein, in den nächsten Sitzungen jeweils zentrale Einzelthemen zu bearbeiten (u.a. öffentliche Daseinsvorsorge, Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutzstandards, Kultur und Medien, Investitionsschutz und Schiedsverfahren).

Die nächste Sitzung des TTIP-Beirats wird am 11. Januar 2016 stattfinden. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat bereits zugesagt, die Beiräte bei dieser Sitzung persönlich aus erster Hand über den neuesten Verhandlungsstand zu unterrichten.

Im September ging eine neue Website des Staatsministeriums zu TTIP online. Unter <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/europa-und-internationales/mitgestalten-in-europa/ttip/> können sich die Bürgerinnen und Bürger über den Standpunkt der Landesregierung zu TTIP informieren. Antworten auf die wichtigsten Fragen zu TTIP und weiterführende Links runden das Informationsangebot ab.

II. Finanzkrise in Griechenland

Die Staatsschuldenkrise in Griechenland war das bestimmende europapolitische Thema in diesem Sommer. Nach dem Auslaufen des zweiten Hilfspakets am 30. Juni 2015 spitzte sich die finanzielle Lage Griechenlands dramatisch zu. Nachdem das griechische Volk am 5. Juli 2015 mit über 61 % für eine Ablehnung der Kompromissvorschläge der Gläubiger votiert hatte, ging das Ringen um eine Lösung weiter. Der Marathon-Krisengipfel der Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder in Brüssel endete am 13. Juli 2015 mit einem Kompromiss, der den Weg für Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket ebnete. Griechenland akzeptierte als Gegenleistung für weitere Kredite ein umfangreiches Spar- und Reformpaket.

Noch vor der Zustimmung des Bundestages zum dritten Hilfspaket hat Baden-Württemberg die Initiative für eine Stellungnahme im Europakammerverfahren zum dritten Hilfspaket ergriffen. Leider wollte eine Mehrheit der Länder sich zu der Thematik im Bundesrat nicht äußern. Aus Sicht des Staatsministeriums war dies auch im Hinblick auf die hart erkämpften Unterrichts- und Mitwirkungsrechte der Länder in europapolitischen Fragen schwer nachvollziehbar.

Der griechische Ministerpräsident Tsipras trat im August zurück, nachdem ihm der linke Flügel seiner Partei die Gefolgschaft bei der Vereinbarung mit den Geldgebern verweigert hatte. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 20. September 2015 wurde Syriza erneut stärkste Kraft. Tsipras erneuerte das Bündnis mit der rechtspopulistischen Partei „Unabhängige Griechen“ (Anel). Die EU-Kommission erinnerte Tsipras an seine Reformzusagen. Angesichts der knappen Mehrheit von 5 Sitzen könnte Tsipras wieder schnell unter Druck geraten.

Baden-Württemberg unterstützt die Entscheidung der Eurogruppe, Griechenland mit einem dritten Hilfspaket zu helfen. Dies zeigt den Fortbestand des Solidaritätsgedankens in Europa und den Willen aller europäischen Partner, aufeinander zuzugehen. Jetzt kommt es allerdings auch darauf an, dass die Europäische Union die Einhaltung von Vereinbarungen und Regeln überwacht. Die zügige Umsetzung der vereinbarten Reformen muss von der neuen (weitge-

- 7 -

hend alten) griechischen Regierung auch tatsächlich sichergestellt werden. Hierzu ist insbesondere ein verbessertes Monitoring der Reformen erforderlich.

Die Krise um Griechenland hat erneut den Webfehler der Eurozone zutage gefördert, nämlich die Vereinheitlichung der Geldpolitik bei fortbestehender Segmentierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch wenn sich die Eurozone in den letzten Krisenjahren auch strukturell fortentwickelt hat (Europäisches Semester mit einer verschärften Haushaltsüberwachung der Mitgliedsstaaten, Fiskalpakt, Bankenunion) braucht Europa eine echte Strategie zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion. Der am 22. Juni 2015 vorgelegte so genannte Fünf-Präsidenten-Bericht der Präsidenten der EU-Kommission, des Europäischen Rates, des Europaparlaments, der Eurogruppe und der Europäischen Zentralbank gibt hier erste wichtige Impulse.

III. Europaministerkonferenz

Ende Juni 2015 wechselte der Vorsitz der Europaministerkonferenz von Hamburg auf Hessen. Kernthemen des hessischen Vorsitzes sollen die Themen Digitaler Binnenmarkt sowie Asyl- und Flüchtlingspolitik sein. Weitere wichtige Themen werden die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Zukunft der EU-Strukturpolitik und der Umgang der Länder mit TTIP sein.

Die ständige Arbeitsgruppe der EMK traf sich am 29./30. September 2015 in Frankfurt am Main. Die 69. EMK wird am 11./12. November 2015 in Wiesbaden stattfinden.

IV. EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

1. Umsetzung der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Im Berichtszeitraum wurden insbesondere die folgenden Veranstaltungen umgesetzt.

- 8 -

Am 22. Juli 2015 fand die erste interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) zur EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) in diesem Jahr statt. Ziel war die fortlaufende Koordinierung des Engagements Baden-Württembergs für die Umsetzung der EUSDR. Im direkten Anschluss war zudem die vierte Sitzung des Steuerungskreises für das Jahresforum der EU Strategie für den Donaauraum 2015 angesetzt.

Im Zeitraum vom 7. bis zum 11. September 2015 wurde die Delegationsreise, unter Teilnahme der MdLs Böhlen und Rombach, nach Rumänien und Bulgarien durchgeführt. Im Fokus standen hierbei die EUSDR und die duale Ausbildung. Nähere Infos siehe unter "Internationales".

2. Genehmigung INTERREG Donaauraumprogramm

Am 20. August 2015 wurde das Donauprogramm (INTERREG B) durch die Europäische Kommission genehmigt. Der erste Aufruf zur Einreichung von Projekten wurde am 23. September gestartet und ist noch bis zum 3. November 2015 geöffnet. Private und öffentliche Partner können Projektanträge in folgenden Prioritätenachsen einreichen (Private allerdings nicht als Lead Partner):

Priorität 1: Stärkung des Transfers von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation insbesondere für KMU sowie Verbesserung von Wissen und Fertigkeiten zur Förderung sozialer und ökologischer Innovationen.

Priorität 2: Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Förderung der Ressourceneffizienz und des Natur- und Kulturerbes sowie Förderung von Investitionen im Bereich Katastrophenschutz.

Priorität 3: Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen bspw. durch die Entwicklung und Verbesserung umweltfreundlicher Verkehrssysteme oder die Entwicklung intelligenter Systeme zur Energieverteilung, -speicherung und -übertragung.

- 9 -

Priorität 4: Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der Effizienz öffentlicher Verwaltungen sowie die Förderung der Umsetzung der Makrostrategie für den Donauraum.

Insgesamt stehen bis zum Jahr 2020 ca. 202 Mio. Euro an EU-Fördermitteln für den Donauraum zur Verfügung. Gefördert werden bis zu 85 Prozent der gesamten Projektkosten (Personalkosten, Veranstaltungskosten, Reisekosten, Ausrüstungskosten, kleinere Investitionen, etc.).

Am 23./24. September präsentierte sich das Programm bei seiner Auftaktkonferenz in Budapest. Zudem veranstaltete das MFW am 28. September einen Workshop für Antragsteller, die dort konkrete Hinweise und Tipps für die Antragstellung und die Gelegenheit zur Einzelberatung ihrer Projektidee erhielten.

V. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 28. Juli 2015 hat die Europäische Kommission die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) verabschiedet und eine Mitteilung sowie einen Aktionsplan für die Strategie veröffentlicht. Die Verabschiedung durch den Rat für Allgemeine Angelegenheiten soll noch im zweiten Halbjahr 2015 erfolgen. Aufgrund der Dichte an innovations- und wirtschaftsstarken Regionen bietet der Alpenraum für Baden-Württemberg besondere Chancen, zumal das Land als Voralpenland insbesondere von Herausforderungen im Bereich Verkehr und Infrastruktur betroffen ist. Wichtige Anknüpfungspunkte für das Land ergeben sich auch aus der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit. Im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) und der Vier Motoren für Europa arbeitet Baden-Württemberg mit Alpenregionen wie Vorarlberg, Rhône-Alpes und der Lombardei bereits seit langem eng zusammen. Auch eröffnet die Strategie die Chance einer noch stärkeren Einbindung der Schweiz in die europäische Zusammenarbeit. Schließlich besitzt das Land durch seine aktive Rolle in der Donauraumstrategie Erfahrungen, die für die Entwicklung einer weiteren makroregionalen Strategie von Relevanz sind. Das Staatsministerium hat den Landtag hierüber unterrichtet.

- 10 -

Baden-Württemberg hat zusammen mit Bayern im Europa- und Verkehrsausschuss des Bundesrates Anträge zur Kommissionsmitteilung eingebracht, denen der Bundesrat in seiner Sitzung am 25. September auch gefolgt ist, vgl. Beschluss BR-Drs. 329/15(B). Darin wird der bottom-up Ansatz der EUSALP sowie die vorgesehene enge Zusammenarbeit der EU-Alpenraumstrategie mit bestehenden nationalen, regionalen, lokalen und grenzüberschreitenden Gremien begrüßt. Der Bundesrat fordert zugleich, dass die Kommission den Aktionsplan im Interesse einer sinnvollen Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeitsarbeit vor Ort zumindest in die Amtssprachen der sieben beteiligten Staaten übersetzt, was bisher abgelehnt wurde.

Um die fachlich betroffenen Akteure und die interessierte Öffentlichkeit über die EUSALP zu informieren, führte das Europazentrum Baden-Württemberg mit verschiedenen Partnern und der Unterstützung des Staatsministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft am 5. und 6. Oktober 2015 in Hagnau eine Internationale Konferenz zu den Herausforderungen der EUSALP durch. Minister Peter Friedrich berichtete dabei über die Erfahrungen mit der EU-Donauraumstrategie und erläuterte die Empfehlungen, die sich daraus ableiten lassen.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

1. Internationale Bodensee Konferenz (IBK)

Die Regierungsvertreter der Mitgliedsländer und -kantone der IBK trafen sich am 2. Juli 2015 unter baden-württembergischem Vorsitz zu ihrem Strategiegelgespräch auf Schloss Maurach am Überlinger See. Im Mittelpunkt des diesjährigen Strategiegelgesprächs standen die Bedeutung der Digitalisierung und Industrie 4.0 für die internationale Wirtschafts- und Wissenschaftsregion Bodensee, das fünfzehnjährige Bestehen der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) sowie das Jugendprojekt „Europakoncil – Querdenken auf Augenhöhe“. Minister Peter Friedrich betonte in diesem Zusammenhang die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung auch über den Indust-

- 11 -

riesektor hinaus, die begriffen und herausgearbeitet werden müssten, damit möglichst viele Bereiche von dieser Entwicklung profitieren können.

Auf Vorschlag Baden-Württembergs wurde im Strategiegeläch der Beschluss gefasst, eine regionale „Bodensee-Plattform Innovation 4.0“ zu initiieren, mittels derer die vielfältigen Potentiale der vierten industriellen Revolution für die kleinen und mittleren Unternehmen rund um den Bodensee realisiert werden sollen. Hierzu fand am 23. September 2015 in Friedrichshafen ein erstes Sondierungstreffen mit Akteuren und Multiplikatoren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung statt. Hauptziele des Sondierungstreffens waren die Definition des inhaltlichen Themen- und Handlungsspektrums, die Identifikation bestehender Potentiale und Initiativen in der Bodenseeregion sowie die finanzielle, strukturelle und organisatorische Realisierung der Plattform. Im kommenden Jahr sind eine Auftaktveranstaltung sowie die offizielle Gründung der Plattform geplant.

Am 24. September 2015 fand in Friedrichshafen unter Beteiligung von Frau Staatsrätin Erler der „Tag der Kommissionen“ statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen neben der Vernetzung der Gremienmitglieder die Reflexion über das Selbstverständnis der IBK sowie deren strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung. Die drei thematischen Schwerpunkte waren (a) der Mehrwert und Bürgernutzen der IBK für den Bodenseeraum, (b) die Visionen für die Bodenseeregion und die zukünftige Entwicklung der IBK sowie (c) die internen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen der IBK. Die gewonnenen Impulse und Reflexionen werden im nächsten Ständigen Ausschuss der IBK, der im November in Stuttgart tagt, aufgegriffen und thematisiert.

2. Sitzung des Begleitausschusses zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein am 03.09.2015

Minister Friedrich nahm am 03.09.2015 an der zweiten Sitzung des Begleitausschusses zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung in Straßburg teil. Der Ausschuss begleitet als politisches Gremium die im September 2013 von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Elsass gemeinsam mit insgesamt 28 Partnern aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften unterzeichnete Rahmenvereinbarung zur deutsch-französischen grenzüberschrei-

- 12 -

tenden Berufsausbildung am Oberrhein. Das Abkommen ermöglicht es Auszubildenden, den schulischen Teil ihrer Ausbildung im Heimat- und den betrieblichen Teil im Nachbarland zu absolvieren.

Der Begleitausschuss zog eine erste Zwischenbilanz und gab einen Ausblick auf das begleitende INTERREG-V-A-Projekt „Erfolg ohne Grenzen“. Bislang wurden 150 grenzüberschreitende Ausbildungsverträge abgeschlossen. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2015 insgesamt rund 60 neue Ausbildungsverträge zustande kommen werden. Eine Projektskizze für das INTERREG-Projekt hat die Région Alsace als Projektträger erstellt. Die Genehmigung des Projekts durch den INTERREG-Begleitausschuss wird im Dezember 2015 erwartet.

VII. Internationales

1. Reise von Minister Friedrich nach Rumänien und Bulgarien

Auf seiner fünftägigen Reise nach Rumänien und Bulgarien wurde Minister Friedrich von den Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags Beate Böhlen und Karl Rombach sowie von einer Fachdelegation begleitet. Er führte unter anderem Gespräche mit dem Präsidenten Rumäniens Klaus Johannis, dem Außenminister Rumäniens Bogdan Lucian Aurescu, dem Staatssekretär im rumänischen Außenministerium George Ciamba, dem Staatspräsidenten Bulgariens Rosen Plevneliev, der Ministerin für Tourismus Bulgariens Nikolina Angelkova, der stellvertretenden Ministerin für Regionalentwicklung und Nationalen Koordinatorin der Donauraumstrategie in Bulgarien Denitsa Nikolova sowie dem stellvertretenden Minister für Arbeit und Sozialpolitik Bulgariens Lazarov. Ferner fanden Treffen mit dem Co-Vorsitzenden der Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg – Rumänien, dem rumänischen Wirtschaftsminister Mihai Tudose, und dem Co-Vorsitzenden der Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg – Bulgarien, dem stellvertretenden Außenminister Bulgariens Rumen Alexandrov statt.

Themen der Gespräche waren insbesondere die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemischten Regierungskommissionen und der EU-Strategie für den Do-

- 13 -

nauraum, sowie die berufliche Bildung in den beiden Ländern. Das duale Modell der beruflichen Bildung bietet mit seiner Praxisnähe große Chancen für Rumänien und Bulgarien. Zum Abschluss der Delegationsreise hat Minister Friedrich in Sofia zusammen mit dem stellvertretenden Minister für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Bulgarien Lazar Lazarov eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet. Zentrale Zielsetzung dieser Erklärung ist die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Bulgarien in der beruflichen Bildung in sozialen Feldern, etwa bei der Qualifizierung in der Alten- und der Behindertenhilfe.

2. Frankreich

Weltklimagipfel der Regionen in Lyon am 01.07.2015

Am 1. Juli 2015 nahm Ministerpräsident Winfried Kretschmann am Weltklimagipfel der Regionen in Lyon (Frankreich) teil. Gemeinsam mit dem kalifornischen Umweltminister Matthew Rodriquez und im Beisein des französischen Staatspräsidenten François Hollande stellte er das von Baden-Württemberg und Kalifornien initiierte Memorandum of Understanding (MoU) zum Klimawandel vor und nahm an einer Zeremonie teil, bei der weitere Regionen dem Memorandum beitraten. Mit dem MoU soll ein Zeichen für eine zukunftsgerichtete Klimapolitik gesetzt werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Weltklimakonferenz vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris. Eine wichtige Zielvorgabe des MoU ist es – aufbauend auf bereits getroffenen internationalen Vereinbarungen – die Treibhausgasemissionen zu mindern und den bis 2050 zu erwartenden globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen. Zur Realisierung der Emissionsminderungsziele streben die unterzeichnenden Parteien unter anderem eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und eine umfassende Entwicklung der erneuerbaren Energien an. Gemeinsam soll an Lösungen gearbeitet werden, die kurz- und langfristig positiv auf Umwelt und Wirtschaft wirken. Das Memorandum steht weiteren Regionen zur Unterzeichnung offen. In Lyon traten Rhône-Alpes, das Baskenland (Spanien) sowie Schottland und Wales (Großbritannien) dem Memorandum bei.

- 14 -

Konferenz von Metz zur deutsch-französischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am 07.07.2015

Auf gemeinsame Einladung der beiden Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Staatsminister Michael Roth und Staatssekretär Harlem Désir, reiste Minister Friedrich am 7. Juli 2015 nach Metz, wo die zweite Konferenz zur grenzüberschreitenden deutsch-französischen Zusammenarbeit stattfand. Die Veranstaltung knüpfte an die Konferenz von Saarbrücken im Jahr 2013 an. Kernthemen waren der gemeinsame grenzüberschreitende Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Hochschulkooperationen, Kultur sowie Mehrsprachigkeit. Das Ergebnis der Konferenz ist die von Staatssekretär Harlem Désir und Staatsminister Michael Roth unterzeichnete Erklärung von Metz, die ein Arbeitsprogramm für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den nächsten Jahren beinhaltet.

Gemeinsam mit dem Präsidenten des elsässischen Regionalrats, Philippe Richert, sowie deutschen und französischen Wirtschaftsvertretern diskutierte Minister Friedrich auf dem Podium zur grenzüberschreitenden Wirtschaft über die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen Deutschlands und Frankreichs sowie über Chancen, Herausforderungen und Handlungsfelder der zukünftigen Zusammenarbeit.

Deutsch-französisches Benefizkonzert am 20.09.2015

Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Kretschmann und dem französischen Botschafter in Deutschland, S.E. Philippe Etienne, fand am 20.09.2015 in Baden-Baden ein deutsch-französisches Benefizkonzert zu Ehren der im Dienst getöteten Polizisten beider Länder statt. Hintergrund des Konzerts waren die Terroranschläge von Paris, bei denen im Januar 2015 17 Menschen ermordet worden waren.

Minister Friedrich eröffnete das Konzert stellvertretend für Ministerpräsident Kretschmann. Der Erlös des Konzertes kam der Polizeistiftung Baden-Württemberg und der Fondation Maison de la Gendarmerie zugute, zwei Institutionen, die sich der Hilfe im Dienst verletzter Polizistinnen und Polizisten und der Unterstützung ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen verschrieben haben.

Studienreise einer Delegation aus Rhône-Alpes zum Thema Fahrradtourismus

Im Rahmen der Kooperation der Vier Motoren für Europa hielt sich vom 11. – 14.09.2015 eine Gruppe von 32 touristische Akteuren und Entscheidungsträgern aus der Partnerregion Rhône-Alpes in Baden-Württemberg auf. Die Tourismusexperten haben sich über den Radtourismus in Baden-Württemberg informiert und dabei den Donauradweg von Donaueschingen bis Sigmaringen befahren. Die Gruppe informiert sich direkt vor Ort über Themen wie Fahrradverleih, Gepäcktransport, Radmitnahme in der Bahn, das Zertifikat „Bed & Bike“, aber auch über Tourismusinitiativen wie „Schmeck den Süden“. Bei einer Fachtagung wurden zudem auch Themen wie Marktforschung, überregionale Vermarktung, Radweginfrastruktur und deren Pflege sowie die Zusammenarbeit der Akteure am Radweg thematisiert.

3. Schweiz

Podiumsdiskussion „Baden-Württemberg und die Schweiz – Erfolgreiche Wirtschaftsmodelle für Europa“ am 28.09.2015

Zu der Diskussion hatte Minister Friedrich die Herren Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, Markus Spillmann, ehemaliger Leiter Publizistik/Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung NZZ, und Thomas Conrady, Präsident IHK Hochrhein-Bodensee eingeladen. Die Podiumsteilnehmer betonten den Vorbildcharakter der Kooperation Baden-Württembergs und der Schweiz für eine erfolgreiche und vertrauensvolle grenzüberschreitende Zusammenarbeit mitten in Europa und diskutierten u.a. über Themen wie die Möglichkeiten zur Stärkung der jeweiligen Wettbewerbsfähigkeit, Fachkräftegewinnung, Verkehr, Energie und Klimaschutz.

VIII. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien stand auch im dritten Quartal des Jahres 2015 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Von besonderer Bedeutung waren dabei folgende Bereiche:

1. Burundi

Am 21. Juli 2015 hat die Präsidentschaftswahl in Burundi stattgefunden. Der bisherige Präsident Pierre Nkurunziza wurde im Amt bestätigt. Auch nach der Wahl blieb die Lage in Burundi kritisch. Nach Vereidigung des Präsidenten und Einsetzung des Kabinetts wird es nun darauf ankommen, ob der Präsident dem ausgegebenen Ziel einer Regierung der Nationalen Einheit folgt.

Die offiziellen Kontakte zwischen Baden-Württemberg und Burundi ruhen in den zurückliegenden drei Monaten. Auf Projektebene konnten jedoch weitere Projekte vorangetrieben werden, so beispielsweise ein Projekt zur Arzneimittelsicherheit mit Difäm e. V. oder ein Projekt zum Erwerb von Kenntnissen zur Herstellung und zum Einsatz natürlicher Medizin mit Anamed e.V.

Darüber hinaus nutzte das Referat Möglichkeiten wie den Deutschen Evangelischen Kirchentag, die Nachhaltigkeitstage, den Familientag des SWR in Ludwigsburg oder die Faire Woche, um weiterhin für die Partnerschaft zu werben.

2. Fördermittelausschreibung für Projekte der entwicklungspolitischen In- und Auslandsarbeit des Landes

Wie erstmalig im Jahr 2014 wird die Fördermittelausschreibung des Landes für Projekte entwicklungspolitischer Initiativen im Jahr 2015 in Inlands- und Auslandsprojekte getrennt. Insgesamt stellt das Staatsministerium der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) wie im Vorjahr 385.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden entsprechend der Antragslage der früheren Jahre ungefähr zu 1/3 in Inlands- und zu 2/3 in Auslandsprojekte fließen.

Bei der Fördermittelausschreibung für Projekte der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sind 27 Anträge mit einem Antragsvolumen von 375.885,20 Euro eingegangen. Ein unabhängiges Gutachtergremium hat am 19. Juni 2015 sieben Projekte mit einem Antragsvolumen von 123.400 Euro für eine Förderung ausgewählt. Bei der Fördermittelausschreibung für Projekte der entwicklungspolitischen Auslandsarbeit sind bis zur Einreichungsfrist am 1. August 2015 65 Anträge mit einem über den verfügbaren Mitteln liegenden Antrags-

- 17 -

volumen eingegangen. Die Vergabebesitzung des unabhängigen Gutachtergremiums für Auslandsprojekte fand am 9. Oktober 2015 statt. Das Gremium hat zwölf Projekte mit einer Gesamtfördersumme von insgesamt fast punktgenau 230.000 Euro ausgewählt. Zwei Projekte in Burundi, zwei in Afghanistan und jeweils eines in Südafrika, Sierra Leone, Kamerun, Burkina Faso, Malawi, Ost-Timor, Peru und der Republik Kongo wurden als förderwürdig befunden.

Durch die im Vergleich mit den Vorjahren zeitlich früheren Ausschreibungen soll den antragsstellenden Organisationen bei negativer Bescheidung ihres Antrages ermöglicht werden, noch nach anderen Fördermöglichkeiten zu suchen.

3. Entwicklungspolitische Landesklauseur 2015

Die Mitglieder des Rats für Entwicklungszusammenarbeit und der interministeriellen Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit sowie die zwanzig Eine-Welt-Promotorinnen und Promotoren berieten am 21. September 2015 aktuelle Fragen der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg. Die Ergebnisse werden von der Evangelischen Akademie Bad Boll ausgewertet und veröffentlicht.

IX. Europafähigkeit und europapolitische Kommunikation

Ausschreibung Projektförderung „Aktiv für Europa – Mit jungen Menschen die Zukunft Europas gestalten“

Das Staatsministerium hat erstmalig im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit Projektförderungen ausgeschrieben (Förderzeitraum September 2015 bis Juli 2016). Mit den geförderten Projekten soll die Identifikation junger Menschen mit der Europäischen Union gestärkt und Europa vor Ort erlebbar gemacht, Wissen vermittelt und das Interesse von jungen Menschen an europäischen und europapolitischen Themen geweckt werden. Ziel der Ausschreibung war es, mit kleinen Zuschüssen vor Ort das Engagement des Landes in der Fläche sichtbar zu machen und damit Multiplikatoren für die Europaarbeit des Landes zu gewinnen. Von den eingegangenen Bewer-

- 18 -

bungen wurden insgesamt 19 Projekte ausgewählt, die nun jeweils mit einer Förderung zwischen 640 und 1.000 EUR rechnen können.

X. Landesvertretung Berlin

Die Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Gestatten: TTIP!“ der Landesvertretung in Berlin mit einem Round-Table-Gespräch in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung zu den unterschiedlichen Perspektiven zu TTIP in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, den USA und der EU-Kommission fand erneut breite Resonanz. Mit gut 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft und NGOs sowie den in Berlin ansässigen Botschaften konnte die gute Resonanz der letzten TTIP-Fachgespräche in der Landesvertretung zu ISDS (03.07.2014), Regulatorischer Kooperation (08.10.2014) und zur Interessenslage der deutschen und US-amerikanischen Wirtschaft (08.06.2015) auf hohem Niveau gehalten werden. In einer gut zweistündigen Veranstaltung abseits der bekannten Detaildiskussionen zu Einzelaspekten von TTIP fand ein Austausch über die nationale TTIP-Diskussion in Tschechien, Polen und Österreich auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte in den USA statt. Dabei wurden die nationalen Diskussionslinien durch die Perspektive der EU-Kommission als Verhandlungsführer der EU-28 gegenüber den USA pointiert ergänzt.

XI. Landesvertretung Brüssel

1. Migration / Flüchtlinge: BW positioniert sich in Brüssel

Das Thema Migration, Flüchtlinge und Asyl nahm über die Sommerpause stark an Fahrt auf und beherrschte die Agenda der europäischen Institutionen. Neben der regulären Tagung der EU-Innenminister am 14. September, folgten am 22. September ein Sondertreffen der EU-Innenressorts-Chefs und am 23. September ein Sondertreffen der EU-Staats- und Regierungschefs. Minister Friedrich stellte u.a. am 14. September – parallel zu der regulären Tagung des Innenministerrates – in der AdR-Fachkommission CIVEX die Position der Landesregierung dar. Im Rahmen von verschiedenen Gesprächsrunden und Veranstaltungen in der LV-Brüssel wird die Position Ba-

den-Württembergs flankiert und in die Diskussionen zum Thema Migration, Flüchtlinge und Asyl in Brüssel hineingetragen.

2. Digitalisierung: Schwerpunkt auf Datenschutz und Breitband

Nachdem die EU-Kommission mit ihrer Mitteilung am 6. Mai 2015 den groben Rahmen zu einem europäischen digitalen Binnenmarkt abgesteckt hat, werden nunmehr die einzelnen Gesetzgebungsvorschläge für spezifische Themen erwartet. Mit Blick darauf fanden am 7./8. September Gespräche von Prof. Hopf, Leiter der Geschäftsstelle Digitalisierung, zu aktuellen Fragen zur Digitalisierung in Brüssel statt; vorbereitet durch die LV-Brüssel und mit Beteiligung der zuständigen Fachreferenten fanden verschiedene Fachgespräche mit Vertretern der GD Connect statt. Insbesondere die Themen Datenschutz und Breitband standen bei diesem Termin im Mittelpunkt.

Am 14. September diskutierten Experten das eher technische, aber dennoch sehr wichtige Thema "Pseudonymisierung: Datenschutz trotz Big Data". Das Seminar war eine Kooperation des IM Baden-Württemberg und des Bundesministeriums des Inneren. Von Seiten des Bundes nahm u.a. StS Dr. Schröder MdB (BMI) teil und Baden-Württemberg war u.a. mit dem Beauftragten für Informationstechnologie der Landesregierung (CIO), Stefan Krebs, vertreten.

3. Donau-Zusammenarbeit: Politik, Verwaltung, Kultur

Am 15. Juli fand die offizielle Eröffnung des Danube Strategy Points (DSP) unter dem Dach der LV-Brüssel statt. Dabei konnte auf die herausgehobene Rolle Baden-Württembergs bei der Donauzusammenarbeit hingewiesen werden. Durch die Auswahl der Redner (Minister Friedrich, Generaldirektor Deffaa und den ungarischen Schriftsteller und Historiker György Dalos) sowie das kulturelle Begleitprogramm konnte erneut die Vielfalt der Verbindungen in Politik, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur innerhalb des Donauraumes dargestellt werden.

Mit einer vorgelagerten Ausstellungseröffnung „Eiszeitliche Kunst“ am 14. Juli konnten Gäste in der LV-Brüssel tief in die Vergangenheit eintauchen; auch hier wurde auf die Bedeutung der Donauzusammenarbeit heute und in Zu-

- 20 -

kunft hingewiesen. Landrat Heinz Seiffert, Alb-Donau-Kreis, und Prof. Dr. Claus Wolf, Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege Baden-Württemberg, wiesen in ihren Ansprachen auf die Einzigartigkeit dieses kulturellen Erbes im deutschen Südwesten hin. Die Ausstellung stand im Zusammenhang mit dem UNESCO-Weltkulturerbeantrag für die Fundregion rings um Ulm. Hier wurden die bislang ältesten Kunstwerke der Menschheit (Kleinskulpturen, z.T. über 40.000 Jahre alt) und die ältesten Musikinstrumente (Flöten aus Vogelknochen und Elfenbein; gleiches Alter) gefunden. Die Bundesrepublik hat den baden-württembergischen Vorschlag (Aufnahme der Fundregion der Eiszeitkunst) auf Platz 1 der Vorschlagsliste für den UNESCO-Weltkulturerbeantrag gesetzt. Die Entscheidung darüber ist voraussichtlich im Sommer 2017.

4. Regionales / GÜZ – BW positioniert sich zu dem Thema im AdR

Im Ausschuss der Regionen (AdR) wurde im Berichtszeitraum eine Stellungnahme zur „Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit: Bedarf es eines besseren Regelungsrahmens?“ erarbeitet. Vor der Sommerpause – u.a. auch in der Sitzung der Fachkommission COTER, an der Minister Friedrich teilnahm – wurden Aspekte dazu diskutiert. Der Hauptberichtersteller, Herr Dobroslavic hatte kurz vor der Sommerpause Minister Friedrich gebeten, Erfahrungen bei der GÜZ aus Baden-Württemberg in einem frühen Stadium der Erarbeitung der Stellungnahme beizusteuern. Mit Schreiben vom 7. August 2015 an Herrn Dobroslavic hat Minister Friedrich zu konkreten Fragen Stellung genommen. Insbesondere waren dies Fragen zu den Instrumenten des EVTZ, den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Kompatibilität und Bekanntheit von Rechtssystemen, vor allem im Bereich Gesundheit. Der Entwurf der Stellungnahme wurde im Rahmen der COTER-Sitzung am 2. Oktober in der Fachkommission diskutiert und am 13. Oktober abschließend im AdR-Plenum behandelt. In der am 13. Oktober verabschiedeten Stellungnahme unterstreicht der AdR die Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für die regionale Entwicklung und die Entwicklung der städtischen und ländlichen Gebiete und begrüßt die Initiative des luxemburgischen Ratsvorsitzes der EU im Ministerrat zur Verbesserung des grenzübergreifenden Regelungsrahmens durch neue Instrumente. Weiter unterstützt der AdR auch die Absicht der EU-Kommission, eine Analyse der Hin-

- 21 -

dernisse, Lösungsansätze und bewährten Vorgehensweisen bei bzw. für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durchzuführen. Der AdR wird diese Stellungnahme voraussichtlich auf dem informellen Treffen der für Raumordnung zuständigen Minister am 26./27. November 2015 vorlegen.

Regionalpolitische Themen waren auch Gegenstand des Gesprächs am 15. Juli von Minister Friedrich mit Generaldirektor Deffaa, EU-Kommission, GD Regionalpolitik.

5. Europafähigkeit vor Ort: Brüssel direkt erleben

Am 10. Juli hielt sich Landtagspräsident Klenk zu Gesprächen in Brüssel auf. Präsident Klenk nutzte diesen Brüssel-Termin für einen fachlichen Austausch mit der Leitungsebene sowie allen Referenten insbesondere zu den Themen Wirtschaft und Finanzen, Migration, Justiz, Bildung, Umwelt und Energie.

In der Woche vom 13. bis 17. Juli waren auch der 22. Lehrgang der FÜAK sowie Teilnehmer des Entsendeprogramms „Europa“ des MFW zu Gesprächen in Brüssel. Neben Fachgesprächen führten die beiden Gruppen bei einem gemeinsamen Termin auch ein Gespräch mit Minister Friedrich und konnten am Abend des 15. Juli (im Rahmen der DSP-Eröffnung) die Gelegenheit nutzen, mit einer Vielzahl von Akteuren und Entscheidungsträgern aus Brüssel und dem gesamten Donauraum ins Gespräch zu kommen.

Vom 6. bis 8. Juli informierten sich Landwirtschaftsreferendare über aktuelle Entwicklungen in Brüssel – sowohl im Allgemeinen wie auch aus dem Zuständigkeitsbereich des MLR. Im Rahmen der Brüssel-Exkursion führten die Referendare auch Gespräche mit verschiedenen Fachreferenten der LV-Brüssel, die Einblick in ihr jeweiliges Thema und ihre Arbeitsabläufe geben konnten.